



uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSTELLE
DER UNIVERSITÄT OLDENBURG, 2900 OLDENBURG
POSTFACH 943 . TEL.: 51064 . MITARBEITER:
GERHARD HARVE (VERANTWORTLICH) . WOLFGANG
MUNNESHAGEN . DIETER KNUTZ . JAN KOCHAROWSKI
(DER GRÜNDUNGSAUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER
SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE
UNIVERSITÄT OLDENBURG DEN NAMEN CARL-VON-
OSSELETZKY- UNIVERSITÄT FÜHRT)

18.11.

35/74

Misere im FB IV

Die schlechten Studienbedingungen im Fachbereich IV - besonders in den Fächern Chemie und Biologie - haben bei Lehrenden wie Lernenden zahlreiche Diskussionen darüber ausgelöst, wie der Kampf um die Verbesserungen der Bedingungen geführt werden soll. Nach der Stellungnahme des Fachbereichsrates IV hat nun die Vollversammlung der FB beschlossen, daß auf der Gesamt-VV der Studenten am kommenden Dienstag um 10.00 Uhr in der Aula über einen Streik entschieden werden soll.

Ob es allerdings zu einer schnellen Streik-Entscheidung kommt, ist ungewiß. Während sich die spontan gegründete "Initiative IV" für einen kurzfristig anberaumte Aktion ausgesprochen hat, plädieren besonders Vertreter von SHB und MSB Spartakus "gegen isolierte Aktionen eines FB und für längerfristige Vorbereitungen eines möglichen Streiks". So SHB-Vorstandsmitglied Art Papst. Dazu sollen Vertreter der FVV, der Fachschaften und der studentischen Fachbereichskonferenzen einen Vorschlag erarbeiten.

In diesem Sinne hat sich auch der Fachbereichsrat III in einer einstimmig verabschiedeten Resolution geäußert. Offen forderte er den FB IV auf, solidarisch mit der gesamten Universität die Probleme, "die durch die materielle Misere an der Hochschule entstehen", anzugehen. Es läge im Interesse der gesamten Universität, daß auch der Lehrkörper und die Kollegialorgane geschlossen gegen die materielle Misere vorgehen und nicht durch den Druck der unzulänglichen Ausstattung Konkurrenzsituationen zwischen den Fachbereichen entstünden.

BRD-Schulwesen

Am Don., den 21.11.74 findet um 20.00 Uhr im Hörsaal B eine Öffentliche Veranstaltung des Projektorientierten Kurses: Entwicklung, Darstellung und Kritik des Schulwesens der BRD statt. Auf dieser Veranstaltung werden sich die Vertreter der SPD, CDU, FDP und der DKP den Fragen zum dreigliedrigen Schulsystem der BRD stellen.

Demonstrativer Akt

Das Mitglied des MSB Spartakus, Gerd Ahrens, Lehramtsanwärter und Student der Uni Oldenburg, hat nach Abgabe einer Protesterklärung demonstrativ das Anhörungsverfahren im Verwaltungspräsidium Oldenburg vorzeitig verlassen. In einer Erklärung dazu begrüßte das Oldenburger Aktionskomitee gegen die Berufsverbote das Verhalten Ahrens. Zum ersten Mal habe ein Lehramtskandidat in demonstrativer Form aus dem Verhalten der Verwaltungsbehörden Konsequenzen gezogen.

Auszüge aus der Erklärung des Fachbereichsrates IV

Die Entscheidung über die im naturwissenschaftlichen Bereich einzu-richtenden Studiengänge fiel vor der Konstituierung der Fachbereiche. Die Mehrzahl der Hochschullehrer des Fachbereichs "Mathematik/Naturwissenschaften" ist erst vor kurzem berufen worden.

Hochschullehrer und Studenten konnten davon ausgehen, daß dem Fachbereich für seine Aufgabe, Lehre und Forschung zu sichern, die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt und damit für den naturwissenschaftlichen Bereich zu den etablierten Hochschulen des Landes vergleichbare Bedingungen geschaffen werden.

Gemessen aber an diesem Vergleich mit anderen Hochschulen zwingt, öffentlich darauf hinzuweisen, daß ein ordnungsgemäßes, berufsqualifizierendes Studium in den experimentellen Naturwissenschaften an der Universität unter diesen Bedingungen nicht möglich ist. Im einzelnen wird die Situation durch folgende Tatsachen charakterisiert, wenn auch bei weitem nicht vollständig beschrieben:

- gerade in jüngster Vergangenheit hat sich die Situation dadurch verschärft, daß die Stellenzuweisungen für das Haushaltsjahr 1975 wiederum (erste Kürzung schon ca. 30%) um 25% gekürzt wurden....
- In der Regel wurden bisher bei Hochschulbauten für naturwissenschaftlich experimentelle Einrichtungen ca. 30% der Baumittel für die wissenschaftliche Erstausrüstung aufgewendet. Dieser Satz liegt für die Universität Oldenburg bei ca. 10%.
- der Lehrbetrieb wird zur Zeit teilweise dadurch notwendig aufrechterhalten, daß Veranstaltungen selbstständig von Tutoren durchgeführt werden....
- obwohl die Studiengänge darauf angewiesen sind, daß die vorhandenen Hochschullehrerstellen möglichst schnell besetzt werden, existieren zur Zeit keine Haushaltsmittel, um die in die engere Wahl gezogenen Bewerber zu Anhörungen nach Oldenburg einzuladen.
- durch die mangelnde personelle Ausstattung der Bibliothek ist ein zügi-

ger Aufbau des Bücherbestandes schlecht möglich...

- wegen der unzureichenden personellen Ausstattung der Verwaltung und der zentralen Einrichtungen müssen die Lehrenden und die ohnehin zu wenigen technischen Assistenten und weiterhin mindestens 50 % ihrer Arbeitskapazität für Verwaltungshilfsarbeiten (insbesondere für Beschaffung und Einrichtung) aufwenden. Dies macht die rechnerische Betreuungsrelation völlig wertlos. Die Forschung fällt dieser Situation vollständig zum Opfer.
- Unter diesen Bedingungen ist auch eine Studiengang- und Entwicklungsplanung, wie sie zu den Aufgaben der Universität gehört, nicht durchführbar.

Kennzeichen D

Am kommenden Dienstag (19.11) wird das Zweite Deutsche Fernsehen in der Sendung "Kennzeichen D" einen Beitrag zur Namensgebung der Universität Oldenburg ausstrahlen.

Kempner und Brandt zum Namensstreit

Zum Konflikt um die Namensgebung der Universität Oldenburg hat sich nach dem Hauptankläger im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß, Dr. Robert M. W. Kempner, auch der Bundesvorsitzende der SPD und Friedensnobelpreisträger, Willy Brandt, geäußert. Weitere Stellungnahmen liegen von den Oldenburger Jungsozialisten und der ÖTV-Betriebsgruppe Uni Oldenburg vor. Nachfolgend werden die Stellungnahmen auszugsweise veröffentlicht:

Robert M. W. Kempner:

Es wäre eine Beleidigung des deutschen Volkes, wenn in diesen Tagen unterlassen würde, den Namen des grossen Pazifisten und deutschen Friedensnobelpreisträgers nicht an der Front der Universität hineinzumeisseln. Es wäre darüber hinaus eine Beleidigung und Missachtung aller KZ-Opfer, wenn man es zuliesse, den Namen dieses Mannes, der im Konzentrationslager Esterwegen, in der Nähe von Oldenburg, den medizinischen Todesstoss erhielt, politisch wegzutrampeln.

Die Bundesrepublik Deutschland ist, wie Konrad Adenauer betont hat, stolz auf die Opfer des Nationalsozialismus. Strassen und Schulen sind nach denjenigen benannt, die Hitler umbringen wollten, oder nach anderen Opfern des Nationalsozialismus, wie Anne Frank, der Karmelitin Edith Stein u.v.a. Alle Parteien haben solchen Benennungen zugestimmt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass irgendjemand die neue Universität dadurch stigmatisieren will, dass er den Beschluss der zuständigen Körperschaften, die Universität Carl-von-Ossietsky-Universität zu nennen, zunichte machen will. Das wären die gleichen traurigen Methoden, die zum Ruin der Weimarer Republik und der Vertreibung Albert Einsteins und anderer jüdischer Professoren geführt haben.

Willy Brandt:

Ich hatte von dem Streit um die Namensgebung für die Oldenburger Universität schon aus den Zeitungen erfahren. Aber ich habe mich auch im Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst noch einmal nach den Hintergründen der Auseinandersetzung erkundigt. Es erscheint mir hiernach, daß es weniger um den Namen des von mir hochgeschätzten Carl von Ossietsky

geht, dessen Ehrung ich selbstverständlich immer begrüßen würde, als um das Prinzip, neu gegründeten Universitäten außer der Ortsbezeichnung nicht auch noch einen Namen zu geben.

Es steht mir nicht zu, gegen ein solches Prinzip Bedenken zu erheben, auch wenn in Ihrem Fall, das gebe ich zu, eine etwas schiefe Optik hineingekommen ist.

Vielleicht ergibt sich aber noch, was ich begrüßen würde, ein Kompromiß zwischen den verschiedenen Meinungen.

Oldenburger Jungsozialisten:

"Die Oldenburger Jungsozialisten begrüßen und unterstützen die einstimmigen Beschlüsse der Kollegialorgane und der Organe der Studentenschaft an der Universität in Oldenburg, die Universität nach Carl von Ossietsky zu benennen. Die Oldenburger Jungsozialisten solidarisieren sich mit der Aktion des Sozialistischen Hochschulbundes ...

Die Bezugnahme zu diesem antifaschistischen Publizisten und entschiedenen Demokraten dokumentiert den Anspruch der G.v.O.-Universität "im Dienste des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts"(Grundordnung der Uni) tätig zu sein. ...

ÖTV-Betriebsgruppe Uni Oldenburg:

Es ist der einmütige Wille der Universität, den Namen "Carl-von-Ossietsky-Universität" zu führen. Die Universitätsmitglieder möchten damit aufnehmen, was Gewerkschafter mit der Errichtung des Gedenksteinnes in Esterwegen begründet haben. Sie möchten den Namen des demokratischen Antifaschisten und Friedensnobelpreisträgers Ossietsky als Mahnung und Anspruch an die eigene Arbeit herausstellen. Der Wille der

Universität findet derzeit noch nicht die Zustimmung des zuständigen Ministers. Die Betriebsgruppe der ÖTV an der Universität bittet daher Kreisdelegiertenkonferenz und Kreisvorstand um Unterstützung bei dem Versuch, den Anspruch der Universität durch die Namensgebung zu verdeutlichen.

Sozialkampf

Ab 1.10.74 gibt es eine neue Bafög-Regelung, wobei das Bafög auf 500,-DM und der Elternfreibetrag auf 960,-DM "erhöht" wurde. Genau gesehen zerplatzt die Illusion "Erhöhung" jedoch wie ein Seifenblasen

-80,-DM jedes Zuschusses als Darlehen!
-kostendeckend wären 680,-DM

-47 % aller Studenten bekommen überhaupt Bafög, davon nur ca. 20 % den Höchstsatz

-der Elternfreibetrag soll auf 5 Jahre eingefroren werden, d.h. immer mehr Studenten werden aus der Förderung herausfallen

-10 % Inflationsrate hat die "Erhöhung" ohnehin längst aufgefressen.

Gleichzeitig bedeutet die neue Bafög-Regelung eine Verschärfung des sozialen Numerus Clausus, d.h. vor allen Dingen Kinder aus Arbeiterfamilien können es sich erst gar nicht leisten, ein Studium zu beginnen. Ebenso steigt die Zahl der Studenten ständig, die ihr Studium aus finanziellen Gründen abbrechen müssen.

Die Herrschenden versuchen mehr und mehr durch diese sozialen Verschärfungen einem politischen Engagement von Studenten das Wasser abzugraben, da die Studenten jetzt nicht nur in den Semesterferien sondern auch während des Studiums Geld verdienen müssen und ihnen so kaum noch Zeit bleibt ihre Interessen wirksam zu vertreten.

Die Herrschenden (Großkonzerne und ihre Regierung) scheren sich wenig um die sozialen Belange der Studenten! Ihr profitables Lieblingskind ist die Rüstung mit dem derzeitigen Star, dem Kampfflugzeug MRCA, für das die Regierung unlängst 1 Mrd. DM zur Verfügung stellte. Die Bundeswehrhochschulen wurden zunächst mit 600 Mil. DM bestückt und sollen jetzt weitere Finanzspritzen erhalten.

Die arbeitende Bevölkerung steht vor einer erneuten Lohnrunde um sich einen 14%-tigen Inflationsausgleich zu erkämpfen. In diesem Kampf reiht sich die demokratische Studentenbewegung ein mit der neuen Bafög-Runde.

Unsere Forderungen sind klar:

- 600,- DM Bafög, 1200 DM Elternfreibetrag noch dieses Jahr

- weg mit der Darlehensregelung

- weg mit der Darlehensregelung für die Aufbaustudenten. Peter Brinkmann

ASTA-Sozialreferent

Röntgenuntersuchung

Am 25. und 26. November finden die Röntgenreihenuntersuchungen für alle Studenten im dritten, fünften oder höheren Semester statt. Die Untersuchungen werden in einem Bus der Landesschirmbildstelle durchgeführt, der am Haupteingang Ammerländer Heerstraße postiert wird. Von der Pflichtuntersuchung können die Studenten befreit werden, die eine entsprechende ärztliche Untersuchung nachweisen können bzw. innerhalb der letzten 6 Monate an einer Röntgenreihenuntersuchung teilgenommen haben. Die Liste mit den Namen der betroffenen Studenten hängt im Bau teil A aus. Für die Untersuchung ist der Studentenausweis mitzubringen

Termine

-ZEITNA-AUSSCHUSS, 9. Sitzung, Dienstag, 19.11.74, 16.00 Uhr, AVZ - 4. Stock

-VOLLVERSAMMLUNG DER STUDENTISCHEN HELFSKRÄFTE DER BIBLIOTHEK, Donnerstag, 21.11.74, 13.30 Uhr, AVZ - Ebene 0, TOP: Verlängerung der Verträge

-ARBEITSGRUPPE "WEITERBILDUNG DES NICHT-WISSENSCHAFTLICHEN PERSONALS", 23.11.74, 9.30 Uhr, VG Raum 305

-DAG-HOCHSCHULGRUPPE, Donnerstag, 21.11.74, 8.30 Uhr, Konferenzraum, TOPu. a.: Wahlen; Veranstaltungsprogramm 75

-VERWALTUNGS-AUSSCHUSS, 2. o. o. Sitzung, Donnerstag, 21.11.74, 14.00 Uhr, D 105

-STUDENTISCHE VOLLVERSAMMLUNG, 19.11. 10.00 Uhr, Aula zum Thema Sozialkampf und Studienmisere im Fachbereich IV